

# Eine Krise unter vielen!

## Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Philippinen

Als die US-Regierung mit Hilfe der Notenbank im März 2008 die Verantwortung für wertlos gewordene Spekulationspapiere in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar übernahm, ging die Finanzwelt noch nicht von einer globalen Krise aus. Die Hypothekenkrise, so der damalige Konsens, sei ein US-amerikanisches Problem, andere Finanzmärkte seien nur geringfügig oder gar nicht betroffen.

Michael Reckordt

Die Philippinen sahen sich zum gleichen Zeitpunkt, wie rund dreißig weitere Staaten, mit Tumulten aufgrund von Lebensmittelknappheit und drastisch gestiegenen Preisen konfrontiert. Als am 15. September 2008 eine der größten Investmentbanken der Welt, *Lehman Brothers*, in den Konkurs ging und die globale Finanzkrise ihren vorläufigen Höhepunkt fand, stemmten sich die Philippinen gegen eine Inflation von 12,5 Prozent, die mit den erhöhten Nahrungsmittelpreisen eng zusammenhing.

### Die Reispreisexplosion

Die Inflation im Spätsommer 2008 war die höchste seit 16 Jahren in dem Inselstaat. Getrieben wurde sie vor allem durch höhere Nahrungsmittel-, Energie- und Treibstoffpreise. So verbuchten Nahrungsmittel einen Preisanstieg von 18,6 Prozent von Juli 2007 bis Juli 2008. Benzin, Kerosin und Diesel verteuerten sich um 27,5 Prozent im gleichen Zeitraum. Kostete das Kilo Reis zuvor 18 Pesos, waren die Preise zeitweilig bis 50 Pesos (73 Euro-Cent) empor geschellt.

Die UN-Agrarorganisation FAO registrierte mit Hilfe ihres Nahrungsmittelindex einen globalen Preisanstieg um 71 Prozent (von Ende 2006 bis März 2008). Die Preise bei Reis und Getreide schossen sogar um 126 Prozent in die Höhe. Anfänglich wurden dafür die steigende Nachfrage der Schwellenländer, die stagnierende Produktivität der globalen Landwirtschaft und der Anbau von Agrotreibstoffpflanzen verantwortlich gemacht (vgl. Wahl 2009).

Der Hauptgrund für den Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln lag allerdings wohl in der Spekula-

tion auf die Lebensmittelpreise. Denn es war ausgehend von der Krise auf dem US-Immobilienmarkt ab 2007 zu dem Platzen einer Spekulationsblase gekommen. Investmentbanken und *Hedge Fonds* hatten Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe gemacht und suchten nach sicheren Investitionsmöglichkeiten. Fündig wurden sie in landwirtschaftlichen *Futures*<sup>1</sup> und Derivaten, deren Handel im Jahr 2007 um 32 Prozent wuchs (ebd.). Für die Spekulanten ein gewinnbringendes Geschäft, für Staaten wie die Philippinen, in denen eine/r von fünf Arbeiter/innen nicht genug zum Leben verdient, eine starke Verschärfung der Krise. Laut einer im Oktober 2008 veröffentlichten Umfrage vom Forschungsinstitut IBON, bezeichneten sich 78 Prozent der befragten Filipin@s selbst als arm. Sie gaben zeitweise Zweidrittel ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus.

### Alle Welt spricht von Krise

Spätestens mit dem Konkurs von *Lehman Brothers* verbreitete sich die Erkenntnis, dass der vom Finanzmarkt getriebene Kapitalismus in einer seiner größten Krisen steckte. Die Philippinen, so konnte man schon früh lesen, würden hauptsächlich auf drei Arten von der Krise getroffen werden. Erstens durch den Rückgang der Exporte, zweitens durch das Sinken der Rücküberweisungen der *Overseas Filipino Workers* (OFWs) und drittens durch die sinkenden Investitionen.

Die Philippinen blieben von der eigentlichen Finanzkrise, sprich von Konkursen im Banken- und Versicherungssektor, toxischen Derivaten und anderen wertlos gewordenen Finanzprodukten, größtenteils verschont. Es gab weder spektakuläre Bankpleiten im Land, noch war das Finanzsystem in größere Bedrängnis geraten. Das hatte vor allem zwei Gründe: zum einen betätigten sich philippinische Banken nur marginal im internationalen Spekulationsgeschäft. Zum anderen waren nach der Asienkrise

Der Autor ist Geschäftsführer des philippinenbüros.

1997/98 strenge gesetzliche Regularien aufgestellt worden, die dieses Mal schlimmeres verhindern konnten (vgl. auch Reckordt, südostasien 1/2008). Nichtsdestotrotz forderte der *Internationale Währungsfond* (IWF) im April 2010 weitere Regulierungsmaßnahmen des Bankensektors. So soll zum Beispiel die *Bangko Sentral ng Pilipinas* (BSP) höhere Reserven bereitstellen.

Auch die viel zitierte Kreditklemme für die produzierende Wirtschaft, wie zum Beispiel in Deutschland moniert, entstand in den Philippinen nicht. Das lag aber daran, dass die Finanzkapitalmärkte in den Philippinen unbedeutend sind und, laut einer Studie des *Global Entrepreneurship Monitor* im Jahr 2006, nur 34 Prozent der philippinischen Unternehmen das Banksystem nutzen. Was die Finanzierung von konkreten Geschäften angeht, nutzen sogar nur fünf Prozent Kredite bei Banken, 46 Prozent hingegen Verwandte und Freunde und 41 Prozent finanzieren ihre Geschäfte durch persönliche Ersparnisse.

#### Zusammenbruch der Exportmärkte

Daher wurde die globale Wirtschaftskrise zuerst beim Zusammenbruch der Exportmärkte sichtbar. Erstens ist die geographische Ausrichtung der Exporte krisenanfällig, 90 Prozent des Handels wird mit Staaten abgeschlossen, die sich ab Mitte 2008 in einer Rezession befanden oder durch die Weltwirtschaftskrise

und das sinkende Welthandelsvolumen selbst stark betroffen waren (vgl. Guzman 2008). Die Produktpalette ist das zweite Problem. So dominiert beim Export der Elektroniksektor mit 67 Prozentanteilen am Gesamtexport. Die Weltwirtschaftskrise hat aber die Nachfrage nach elektronischen Gütern stark reduziert. Laut der niederländischen NGO SOMO sind die Philippinen für zwei Prozent der globalen Elektronikproduktion zuständig. In einzelnen Segmenten werden sogar fast 50 Prozent der globalen Produktion in den Philippinen erbracht. Allein in den exportorientierten Subunternehmen der Elektronikbranche sind insgesamt 500.000 bis 600.000 Menschen beschäftigt.

Doch nicht nur die Elektronikwaren sind betroffen. Die USA sind der wichtigste Markt für philippinische Bekleidungsexporte (fünf Prozentanteile am Gesamtexport, davon gehen 80 Prozent in die USA) und Exporte von Möbel- und Holzarbeiten (zwei Prozentanteile am Gesamtexport, hier von gehen 60 Prozent in die USA).

Insgesamt konnte daher im Januar 2009 ein Exportrückgang von 41 Prozent im Vergleich zum Vorjahr beobachtet werden. Elektronische Güter wurden im Dezember 2008 47,6 Prozent weniger exportiert.

#### Klient der Globalisierung

Guzman betont, dass die Philippinen klassische »Klienten der Globalisierung« sind. Durch die Öffnung der Märkte und weitgehende Liberalisierungen im Zuge von Freihandelsabkommen und der Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO, ist die Ökonomie besonders anfällig in Krisenzeiten. Multinationalen Konzernen bietet das die Möglichkeit, Staaten gegeneinander auszuspielen und ein »Race to the bottom« zu ihren Gunsten zu forcieren.

Doch um die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise zu verstehen, muss man beachten, dass sich die Philippinen schon zuvor in einer langanhaltenden ökonomischen Krise befanden. Die Wirtschaft wuchs zwar in den letzten Jahren stetig, aber es handelte sich um ein Wachstum, das wenn überhaupt, nur geringen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit und die Reduzierung von Armut hatte. Während die Lebenshaltungskosten von 2003 bis 2006 um durchschnittlich 22 Prozent stiegen, erhöhten sich die Einkommen im selben Zeitraum nur um 16,3 Prozent.

Darüber hinaus handelt es sich um ein »jobless growth«, also ein Wachstum, das keine oder nicht genügend Arbeitsplätze schafft. Im Jahr 2007 wurden insgesamt 924.000 neue Jobs geschaffen, im Krisenjahr 2008 nur noch eine halbe Million. Viel zu wenig für ein Land, in dem jährlich über eine Million neue Berufseinsteiger auf den Arbeitsmarkt drängen

#### Entlassungswelle und Widerstand

In der Elektronikindustrie verloren von November 2008 bis Februar 2009 knapp 40.000 Menschen ihren Job. So entließ *Intel* 6.000 Arbeiter/innen in Cavite, als sie im Januar 2009 ihr Werk schlossen. Allein auf dem *Assembly Test Facility* in Cavite verloren 1.800 Arbeiter/innen den Job. Auch *Amkor Philippines* entließ im Februar 1.500 Mitarbeiter/innen. Zuvor hatte schon *Texas Instruments* 385 Arbeiter/innen in Baguio gefeuert.

In der Bekleidungsindustrie schloss *Triumph* sein Werk im Juni 2009. 1.600 Filipin@s waren von dem „globalen Restrukturierungsprogramm“ des Konzerns betroffen. In Cebu wurden mehr als 1.000 Arbeiter/innen bei einer Möbelproduktionsfirma entlassen.

Gegen die Entlassungen waren die meisten Angestellten schutzlos. In der Elektronikindustrie sind Gewerkschaften nur sehr schwach vertreten. Laut Schätzungen des *Workers Assistance Center* ist nur jede/r zehnte Angestellte Gewerkschaftsmitglied. Der Staat greift, so eine Studie von SOMO aus dem Jahr 2008, wenn überhaupt, nur zum Nachteil der Arbeiter/innen ein. Es kommt zu Belästigungen, Entlassungen und Morden an Gewerkschaftsführer/innen.

Darüber hinaus sind auch die Nicht-Entlassenen von der Krise betroffen, da Überstunden gekürzt werden. Gerade auf diesen zusätzlichen Lohn sind aber viele Beschäftigte angewiesen, da das normale Gehalt nicht ausreicht. So braucht eine Kleinfamilie mindestens 700 bis 900 Pesos pro Tag, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Allein 230 Pesos werden davon für Nahrungsmittel benötigt. Der Mindestlohn liegt allerdings in Manila nur bei 894 Pesos (15 Euro), in Cavite bei 783 Pesos (13 Euro). So reicht nicht einmal der Mindestlohn, um eine Familie zu versorgen.

(Diokno 2009). Bereits vor der Krise im Jahr 2007 gab es 4,1 Millionen offizielle Arbeitslose sowie weitere 6,8 Millionen, die als »working poor« oder unterbeschäftigt galten. Das heißt, dass trotz Arbeit der Lohn bzw. die Löhne aus mehreren Jobs nicht reichen, um die minimale Grundversorgung zu gewährleisten. Die im informellen Sektor Beschäftigten und die nicht-offiziell gemeldeten Arbeitslosen sind in dieser Statistik noch nicht einmal enthalten.

Schon im Oktober 2008 zeigten sich die ersten krisenbedingten Auswirkungen auf die Arbeitslosenstatistik. Im Vergleich zum Vorjahr waren 279.000 Filipin@s mehr arbeitslos, ein Anstieg der Arbeitslosenquote um circa 0,6 Prozent auf über elf Prozent. Vier Monate später prognostizierte die *IBON Foundation* gar, dass die Zahl der von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung Betroffenen auf bis zu zwölf Millionen steigen könnte.

### Rücküberweisungen

Die Rücküberweisungen der philippinischen Auslandsarbeiter/innen (OFWs) galten als besonders sensibel in Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Denn die OFWs sind mehrfach betroffen. Erstens durch den Rückgang der Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft. Zweitens durch Entlassungen, aufgrund von Nachfragerückgängen oder Einsparungsmaßnahmen. Drittens durch Lohn-Dumping, verursacht durch den steigenden Wettbewerb um Arbeitsplätze auf dem Arbeitsmarkt.

Für die Philippinen kommt verschärfend hinzu, dass über 50 Prozent der Rücküberweisungen vom amerikanischen Kontinent stammen. 2007 kamen 7,6 Milliarden der insgesamt 14,5 Milliarden US-Dollar an Rücküberweisungen aus den USA. Allerdings waren in der ersten Hälfte des Jahres 2009 nur die Rücküberweisungen vom amerikanischen Kontinent rückläufig.

Insgesamt trugen vor allem die OFWs dazu bei, dass die Philippinen im Jahr 2008 einer von nur 17 der 182 vom IWF beobachteten Staaten war, der ein

Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte (IWF im April 2009). Der einfache Grund; im internationalen Vergleich hatten die Exporte einen relativ geringen Anteil von 42 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP), gleichzeitig machten die Rücküberweisungen mit zehn bis zwölf Prozent ein großen Teil des BIPs aus. 2009 wurden 17,3 Milliarden US-Dollar in die Philippinen überwiesen. Das entsprach einem Wachstum von 5,6 Prozent im Vergleich zu 2008. Die OFWs stützen damit maßgeblich den Binnenkonsum. Auch im Januar 2010 wuchsen die Rücküberweisungen im Vergleich zum Januar 2009 um weitere 8,5 Prozent.

### Auslandsinvestitionen

Wechselhafter ist der Trend bei den Auslandsdirektinvestitionen. Noch im Jahr 2008 gab es einen Rückgang um circa 40 Prozent (Diokno 2009), doch schon im März 2010 vermeldete die *Manila Times*, dass die Investitionen im Jahr 2009 wieder um 26,2 Prozent gestiegen seien. Vor allem der stabile Markt in den Philippinen, die verhältnismäßig geringe Inflation mit dem sanften Wirtschaftswachstum und die Position der Regierung, weiterhin die Schulden zu bedienen, sollen dafür Ausschlag gegeben haben (dela Cruz 2010).

### Reaktion des Arroyo-Regimes

Während in Deutschland und anderen Staaten die Banken immer mehr Finanzhilfen benötigten, wurde in den Philippinen intensiv eine Verfassungsänderung diskutiert, die so genannte *Charter Change* oder kurz: Cha-Cha. Die vordergründige Argumentation für Cha-Cha lautete in der Notwendigkeit, die heimische Wirtschaft global wettbewerbsfähiger zu machen. Ausländische Investoren sollten beispielsweise durch eine Aufstockung des bisherigen Maximums von 40 Prozent Anteilskapital angelockt werden, so der Sprecher des Repräsentantenhauses.

### Dienstleistungssektor

Neben den Exportsektoren sind weitere Wirtschaftssegmente von der US-Rezession betroffen, zum Beispiel der *Business Process Outsourcing* (BPO)-Sektor im Dienstleistungsbereich. Hier sind die USA für zwei Drittel des ausländischen Eigenkapitals und 90 Prozent der BPO-Exporteinnahmen verantwortlich. Bis 2010 sollten in dem Sektor mehr als 940.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, doch bis Januar 2009 waren es erst 320.000 in 500 Unternehmen, Tendenz eher stagnierend. In den USA werden zum Beispiel beim größten Call-Center-Betreiber *Accenture* drei Prozent der Stellen abgebaut, was auch auf die Philippinen schlechte Auswirkungen haben wird. Die USA sind zusammen mit Australien und den EU-Staaten für Zweidrittel der Auslandsinvestitionen verantwortlich. Die BPO-Exporte gehen zu 86 Prozent in die USA, zu 7,1 Prozent in die EU, zu 3,2 Prozent nach Japan und zu 3,7 Prozent nach Australien und in die asiatischen Nachbarländer.

Generell ist der BPO-Sektor für die Beschäftigten in den Philippinen im Vergleich zu anderen Jobs relativ lukrativ. Im Vergleich zu den Teamleiter/innen, Supervisor/innen und Manager/innen in China, Indien, Malaysia oder Vietnam sind die Filipin@s mit nur einem Drittel bis zur Hälfte des Gehaltes jedoch deutlich unterbezahlt (IBON 2009).

Trotz einer Mehrheit mit 163 Befürworter/innen im Kongress, wurde die Cha-Cha von der Bevölkerung und im Senat abgelehnt.

Warum? Abgeordnete wie Satur Ocampo von der links-progressiven Partei *Bayan Muna* argumentierten, dass der Vorschlag das Land noch verletzbarer für die globale Rezession mache. Das Land habe so noch weniger Kontrolle und sähe sich noch stärker Plünderungen durch ausländische Wirtschaftskräfte ausgesetzt. Dadurch würde, so Ocampo, die ökonomische Krise und die Armut im Land nur verstärkt, statt bekämpft. Selbst der einflussreiche *Makati Business Club* kam zu der Einschätzung, dass eine Verfassungsänderung zu dem Zeitpunkt einzig und allein dem Machterhalt Arroyos dienen würde. Die politische Auseinandersetzung und der damit verbundene politische Stillstand dauerte bis weit ins Jahr 2009 hinein und wurde am Ende aufgrund von zeitlichen Umsetzungsproblemen fallen gelassen.

### Economic Resiliency Plan

Als Deutschland im Januar 2009 ein Stimulationsprogramm, das unter anderem die Abwrackprämie für Altautos beinhaltet, verabschiedete, reagierte auch die philippinische Regierung mit einem Stimulationspaket, dem sogenannten *Economic Resiliency Plan* (ERP). Insgesamt wurden 330 Milliarden Pesos (rund fünf Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt, davon waren allerdings nur 50 Milliarden Pesos »neue Gelder«, das heißt, sie waren vorher noch nicht anderweitig im Haushalt verplant. Die Nationalökonomie, so die Regierung durchaus richtig einschätzend, sei vor allem durch Entlassungen der Arbeiter/innen in der Exportindustrie und der OFWs sowie durch rückläufige Auslands-Direktinvestitionen (FDI) betroffen. Daher regt der ERP vor allem an, die Beschäftigten in den exportorientierten Branchen, die OFWs und die armen Bevölkerungsgruppen zu schützen, gibt allerdings keine konkreten Hinweise, wie dies geschehen soll.

Knapp die Hälfte der Gelder aus dem ERP (160 Milliarden Pesos) sollte für eine beschleunigte Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden. 20 Milliarden waren als Steuerentlastung für Unternehmen eingeplant, weitere 20 Milliarden Steuerentlastungen für Mindestlohnbezieher und 30 Milliarden Pesos waren als zusätzliche Leistungen für die staatlichen sozialen Sicherungssysteme (u.a. PHILHEALTH) gedacht (Höflinger 2010). Offiziell sollten diese zusätzlichen Leistungen in den sozialen Sicherungssystemen »den Armen« zu Gute kommen. De facto subventioniert die Regierung damit aber nur die städtischen Mittelschichten, da die meisten Armen keine Sozialversicherungen besitzen (vgl. Reese 2008).

Nicht nur im Bereich der Armutsbekämpfung wurde dieses Programm als »ungenügend« kritisiert, sondern viele Kritiker/innen wiesen auch darauf hin, dass die Erwartungen an den ERP völlig überzogen seien. Knapp die Hälfte der Gelder aus dem ERP sollten für die Beschleunigung bestehender Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden und nicht für neue Maßnahmen. Diese Gelder wurden trotz dringenden Bedarfs viel zu spät ausbezahlt oder verschwanden gar direkt in den Taschen korrupter Politiker/innen. So musste die Regierung im Juni 2009 die zuvor sehr optimistischen Wachstumsprognosen von 2,2 Prozent um ein bis zwei Prozentpunkte nach unten korrigieren. Damit blieb das Wirtschaftswachstum deutlich unter der Geburtenrate von 2,3 Prozent.<sup>2</sup> 2007 hatte es immerhin noch ein Wachstum von 7,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIPs) gegeben (ebd.).

Ebenfalls hagelte es Kritik am geringen Gesamtvolumen. Die staatlichen Investitionen entsprachen nur etwa vier Prozent des realen BIPs bzw. wenn man nur die neu freigesetzten Gelder berechnet, nur 0,67 Prozent. Zum Vergleich: In China betrug der Prozentanteil des Stimulationspakets 18 Prozent und selbst das für seinen geringen Umfang kritisierte, deutsche Konjunkturpaket belief sich auf zwei Prozent des BIPs. Auch andere (südost-)asiatische Regierungen investierten wesentlich mehr.

Neben dem ERP verabschiedete die Regierung auch ein Programm zur Schaffung neuer Jobs. Das so genannte CLEEP (*Comprehensive Livelihood and Emergency Employment Program*) sollte 800.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Bedenkt man allerdings, dass jährlich eine bis 1,5 Million neue Arbeitskräfte in die Berufswelt eintreten, reicht das CLEEP nicht einmal, um die normalen Berufseinsteiger/innen aufzufangen. Darüber hinaus kritisiert *Oxfam*, dass ein Großteil dieser Jobs »unseriös und unsicher« sind (*Oxfam* 2010). Arbeitsmarktprogramme müssten daher wesentlich umfassender sein, um die jetzigen Arbeitslosen, die jetzigen Unterbeschäftigten, die Berufsneueinsteigenden, die zurückkehrenden OFWs und die Menschen, die im Zuge der Wirtschaftskrise noch ihnen Job verlieren werden, mit Arbeit zu versorgen. Das Programm der Regierung ist also bei weitem nicht ausreichend, um einen positiven Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu haben (*Diokno* 2009).

Auch Walden Bello, Vorsitzender der *Freedom from Debt Coalition* (FDC), kritisiert das Stimulationspaket. Generell sei die Stimulation der Wirtschaft richtig, doch er fordert reale Neuausgaben statt schon geplante Ausgaben umzuwidmen. Darüber hinaus solle auch der Schuldendienst gestrichen werden. Vier Milliarden US-Dollar geben die Philippinen jährlich aus, um ihre Schulden zu bedienen. Ein Moratorium des Schuldendienstes würde neue Gelder freisetzen, um die Wirtschaft zu stimulieren.

**Komusta ka? What's up?**

Jetzt, wo weltweit das Wirtschaftswachstum zurück kommt, und die Rezession, zumindest scheinbar, in vielen Ländern überwunden ist und die staatlichen Konjunkturprogramme greifen, zeigen sich die strukturellen Probleme der philippinischen Wirtschaft sehr deutlich. Nach einer Studie der Weltbank von April 2010 haben die Philippinen mit 3,5 Prozent nach den Fiji-Inseln das niedrigste Wirtschaftswachstum in Asien. Gründe für das geringe Wachstum der Philippinen sieht die Weltbank vor allem in der schlechten Infrastruktur und der schwachen Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe seien schlecht in die Finanzwelt eingebunden und bekämen kaum Kredite.

Natürlich sind diese ökonomischen Zahlen alleine nicht aussagekräftig. Denn, wie gezeigt, hat auch vom früheren Wirtschaftswachstum, häufig nur die Mittel- und Oberschicht profitiert, eine deutliche Reduktion der Zahl der in Armut Lebenden hat nicht stattgefunden.

Stattdessen sind die Philippinen allein in den letzten drei Jahren von vielen unterschiedlichen Krisen betroffen gewesen. Neben der Nahrungsmittel- und der Wirtschaftskrise trifft nach den Taifunen im

**Das Pfandleihhaus**

»Jede Finanzkrise, die in Massenarbeitslosigkeit resultiert, entfaltet seine Wirkung nur allmählich. Wir haben das 1986 gesehen, es wiederholte sich im Jahr 1997 und auch jetzt erwarten wir das gleiche beobachten zu können«, sagt Marc Ablaza, Vizepräsident der *Chamber of Pawnbrokers of the Philippines Inc.* Die Kammer vertritt knapp 14.000 Pfandleihhäuser im Land.

Das Geschäft mit dem Pfand ist in den Philippinen von besonderer Bedeutung. Ablaza schätzt, dass 95 Prozent der Kunden/innen ansonsten keinen Zugang zu Krediten hätte. Banken verlangen Sicherheiten, die die meisten Filipin@s nicht bieten können. Pfandleihhäuser verlangen ebenfalls Sicherheiten, nehmen diese aber in Form von Schmuck, Mobiltelefonen oder andere Elektronik direkt entgegen. So vergeben die meisten Pfandleihhäuser einfache Kredite in Höhe von 1.000 bis 2.500 Pesos (16 bis 42 Euro). Die Raten betragen vier bis fünf Prozent pro Monat. Jeden Monat müssen diese Raten bezahlt werden, damit sich das Leihgeschäft verlängert. Wer 90 Tage keine Raten zur Verlängerung oder gar den gesamten Schuldenbetrag zurückbezahlt hat, verliert den Anspruch auf seinen Pfandgegenstand. Den Leihhäusern ist es dann gesetzlich erlaubt, die Ware zu veräußern.

Vor allem zu Beginn des Schuljahres, so Mario Schmidt in einem Tagesschau-Beitrag im Jahr 2009, müssen einzelne Pfandleihhäuser bis zu eine Million Pesos (circa 17.850 Euro) bereitstellen.

Jahr 2009 in der ersten Hälfte des Jahres 2010 mit dem El Niño-Phänomen erneut der Klimawandel die Philippinen. Lange Dürreperioden und Wasserknappheit verschärfen die Situation insbesondere für Beschäftigte in der Landwirtschaft.

Zudem wird sich die Krise des Euros auf viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auswirken. Ein schwächerer Euro bedeutet einen schlechteren Umrechnungskurs von Euro in Peso. Im Endeffekt heißt das, weniger Gelder aus Europa für Projekte in den Philippinen

Es scheint so, als würden die Philippinen nicht aus den Krisen herauskommen. Es bleibt nur zu hoffen, dass nach der Wahl des neuen Präsidenten zumindest die politische Krise ein Ende hat und die Versäumnisse bei der Armutsbekämpfung endlich nachgeholt werden.

**Anmerkungen**

- 1) Bei *Futures* handelt es sich um Terminkontrakte, bei denen die Ware zu einem vorher festgelegten Preis geliefert wird. Dies dient eigentlich der Risikoabsicherung von Landwirt/innen gegen Preisschwankungen.
- 2) Ist die Geburtenrate eines Landes kleiner als das Wirtschaftswachstum desselben, bedeutet dies, dass die Wirtschaft schrumpft.

**Literatur**

- Dela Cruz, Roderick T. (2010): Foreign Investments up 26%\$ to \$1.9b in '09; In: Manila Times am 11.3.2010
- Diokno, Benjamin E. (2009): Understanding the Global Economic Crisis
- Guzman, Rosario B. (2008): In: Philippine Daily Inquirer, November 2008)
- Höflinger, Oliver (2010): Economic Resiliency Plan der Philippinen hat die Konjunktur gestützt; In: German Trade & Invest (2010): Konjunkturprogramme weltweit – Chancen in der Krise; online unter: <http://www.gtai.de/DE/Content/SharedDocs/Anlagen/PDF/chancen/philippinen.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/philippinen?show=true>
- IBON (2008): From Crisis to Crisis – The Philippines Amidst Global Financing And Economic Turmoil; In: Facts & Figures Vol 31, Dezember 2008
- IBON (2009): Is the Call Center Industry A Bright Spot for new Graduates?
- Khor, Martin (2009): Wie Asien den Puls der globalen Krise spürt; In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, April 2009
- Oxfam (2010): Feminised Recession: Impact of the Global Financial Crisis on Women Workers in the Philippines; online unter: [http://oxfam.intelli-direct.com/e/d.dll?m=234&url=http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic\\_crisis/downloads/tr\\_gec\\_impact\\_on\\_philippines\\_120210.pdf](http://oxfam.intelli-direct.com/e/d.dll?m=234&url=http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/tr_gec_impact_on_philippines_120210.pdf)
- Reckordt, Michael (2008): Wachstum dank Krise?: In: südostasien Heft 1, März 2008
- Reese, Niklas (2008): Strukturanpassung schadet ihrer Gesundheit – Neoliberale Gesundheitspolitik in den Philippinen; In: Husa, Jordan, Wohlschlägl (Hrsg.): Ost- und Südostasien zwischen Wohlfahrtsstaat und Eigeninitiative
- Wahl, Peter (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik; Öffentliche Anhörung im AWZ am 11.02.2009